

Kampftag für das Recht auf Arbeit

1. Mai '78



Die Arbeiterklasse unseres Landes steht am Vorabend des 1. Mai 1978 in harten sozialen und politischen Auseinandersetzungen, gegen Lohniktat, Aussperrung und Arbeitslosigkeit. Es geht um Arbeit und Lohn, um Qualifikation und Ausbildung, um demokratische Rechte und soziale Sicherung. In Jahrzehnten erkämpfte Errungenschaften sind auf das äußerste gefährdet, durch skrupellosen Machtmißbrauch des Großkapitals, durch die Bundesregierung und die Spitzen der im Bundestag vertretenen Parteien. Zügelloses Wettrüsten und das Ja zur Neutronenbombe gefährden Sicherheit und Frieden.

In den Streikkämpfen der Hafendarbeiter, der Drucker und Setzer und der Metallarbeiter Nordwürttemberg-Nordbadens ist eine Kraft spürbar geworden, die den sozialen Besitzstand verteidigen und berechnete Arbeiterinteressen gegen alle Angriffe des Großkapitals durchsetzen kann: Das einheitliche Han-

deln der Arbeiter und Angestellten, aller Werktätigen unseres Landes. Die Kraft eines jeden Erfolgs, das ist die aktive Solidarität, das ist die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, von Christen und Parteilosen über alle politischen und weltanschaulichen Unterschiede hinweg.

Wenn Arbeiter und Angestellte zusammenstehen, wenn jung und alt, Männer und Frauen, deutsche und ausländische Kollegen zusammenehen, dann sind sie stärker als die Kumpanei der Millionäre.

● Sichern wir gemeinsam unsere Arbeitsplätze! Stoppen wir gemeinsam Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnotstand!

● Schützen wir uns gemeinsam vor dem Mißbrauch der Rationalisierung und neuen Techniken durch das Großkapital!

● Verwirklichen wir gemeinsam die berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen!

● Verteidigen wir gemeinsam unsere Renten, die sozialen Rechte und Leistungen!

● Sichern wir gemeinsam die demokratischen Rechte und Freiheiten! Aussperrungsverbot statt Berufsverbot!

● Verteidigen wir gemeinsam die Ergebnisse der Entspannungspolitik! Fallen wir den Feinden von Verständigung und Abrüstung in den Arm!

● Erzwingen wir die Ächtung der Neutronenbombe!

Die DKP-Mörfelden appelliert an die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt: Setzt Euch am 1. Mai gemeinsam für diese Forderungen ein. Besucht die DGB-Kundgebung im Bürgerhaus Mörfelden!

Aufruf des DGB:

„Recht auf Arbeit – Zukunft sichern!“

Das Recht auf Arbeit verwirklichen! Die Zukunft sichern! Diese Forderungen erhebt der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Aufruf zum 1. Mai 1978. „Das Recht auf Arbeit gehört zu den Grundrechten der Menschen“, stellt der DGB darin fest. „Dieses Grundrecht kann nur durch Vollbeschäftigung gesichert werden. Das A und O jeder Wirtschaftspolitik muß lauten: Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze.“

Höhere Löhne sichern Rente

Die Renten sind nur zu sichern, wenn bis in die neunziger Jahre hinein die Löhne erheblich steigen. Das bestätigt auch der Rentenanpassungsbericht '78 der Bundesregierung. Trotz der neuen Belastungen für die Rentner geht dieser Bericht davon aus, daß die Löhne um mindestens sechs Prozent jährlich steigen müssen, wenn die gesetzlich verankerte Mindestrücklage der Rentenversicherung nicht angegriffen werden soll. Jede Lohnerhöhung darunter sichert die Finanzierung der Renten nicht, unabhängig vom Beschäftigungsstand. Jede Lohnerhöhung über sechs Prozent hinaus dagegen würde die Rentenbilanz weiter verbessern. Jedes Prozent Lohnerhöhung bedeutet eine Milliarde DM zur Sicherung der Renten. Deshalb sollten auch die Rentner stets solidarisch an der Seite der Arbeiter stehen, die für höhere Löhne kämpfen.

Eine Zeitung für Dich und Deinen Boss gibt es nicht!

Die UZ schreibt nur für Dich



Die DKP diskutiert ihren Programm-Entwurf in der Öffentlichkeit

Auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Bürgerhaus Mörfelden diskutierte die DKP-Mörfelden mit zahlreichen Bürgern den Entwurf ihres Parteiprogrammes. Vorher hatte sie zahlreichen Mandatsträgern und politischen Persönlichkeiten unserer Stadt das Programm übersandt. Im Begleitbrief hieß es dazu u.a.:

„Wir konnten schon oft feststellen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Unkenntnis über die politischen Vorstellungen der DKP herrscht. Dies ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen antikommunistischen Propaganda. Dazu kommen besonders in letzter Zeit zahlreiche Verleumdungen, die hauptsächlich von der CDU vorgebracht werden.“

Interessenten erhalten den Programm-Entwurf beim „blickpunkt“ und allen Mitgliedern der DKP.



Viel Beifall gab es beim Bläserorchester-Konzert der SKV im Bürgerhaus Mörfelden. Musikanten aus Bad Orb und Camberg boten alles auf. Vor allem aber die Musiker unter Udo Milutzki bewiesen wieder einmal ihr Können. Es hat sich gelohnt.

Krämerseelen

Bei der Debatte im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf stellten sich die CDU-Vertreter als die „Saubermacher der Nation“ hin. Dazu schrieben wir schon im März-„blickpunkt“: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Beispiele für schwarze Korruption fanden wir mittlerweile erneut. Da gibt es z.B. im bayerischen ein Wort, das soviel wie Krämer, billiger Jakob, Kleingewerbetreibender, Altwarenhändler bedeutet. Dieses Wort heißt Tandler. Und just so heißt der Generalsekretär der bayerischen CSU. Wie sagt man: Nomen est Omen. Ja, der Tandler macht seinem Namen alle Ehre. Er baut nämlich gerade ein Hotel. Ganz privat. Dazu braucht er Kredite, die bekanntlich Zinsen kosten. Nicht so hohe allerdings für die CSU-Krämerseele. Der kriegt nämlich verbilligte, staatliche. Man könnte auch sagen: Der CSU-Staat gibt dem CSU-Generalsekretär einen Zuschuß, ganz privat. Man könnte auch sagen: Die Staatskasse als Selbstbedienungsladen. Auch das andere Beispiel kommt aus dem weiß-blauen Musterland: Maier heißt dort der Kultusminister (CSU), von Amts wegen auch für Fragen der Berufsausbildung zuständig. In einer schwachen Stunde plauderte der Herr nun aus, daß ein Gesetzentwurf zu diesem Thema – konkret geht es um das Berufsgrundschuljahr – geändert worden war. Sozusagen auf höheren Wunsch, mit gutem Segen. Denn die Firma Siemens, so Maier sinngemäß, mache ihre Parteispende zugunsten der CSU in Höhe von 20 Millionen DM von der Streichung des beabsichtigten Grundschuljahres abhängig. Was denn auch geschah. Zu deutsch: Siemens kauft ein Gesetz.

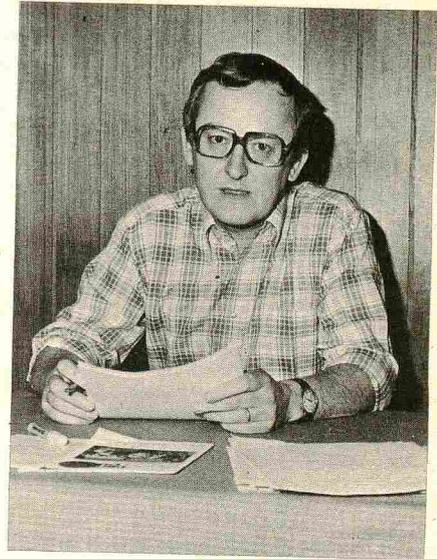
P.S.: Jetzt versteht man auch die Abkürzung CSU besser: Christliche Siemens Union.

Wenn sich die Firma Jung & Hasselbach wieder einmal so aufbläst, sollten wir sie beiläufig an diese und andere Beispiele erinnern. rh

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Rudi Hechler,
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl 1978:

„Die neue Technik
ist nicht schuld an
der Arbeitslosigkeit –
nur ihre
kapitalistische
Anwendung.“



Technik muß dem Menschen dienen

„In den Tagen der Streiks und Aussperrungen wurde viel nachgedacht über die Unsicherheit der Arbeitsplätze. Arbeitslose, Jugendliche, die keine Lehrstelle erhalten und 50jährige, die man schon zum „alten Eisen“ zählen will, fragen, ob der technische Fortschritt schuld sei an der Misere. Eine wichtige Frage, auf die wir noch oft zurückkommen werden.“

Ich meine, man darf sich nicht gegen den technischen Fortschritt wenden. Genauso, wie die Gewerkschaften und die Arbeiter und Angestellten der Druck- und Metallindustrie gehen wir davon aus, daß technischer Fortschritt zugleich sozialer Fortschritt sein muß.

Mikroelektronik ist eine grundlegende Seite des technischen Fortschritts. Sie verändert tiefgreifend den Arbeitsprozeß, das heißt, sie verändert Arbeitsplatzstrukturen, Qualifikationsanforderungen, sie spart menschliche Arbeitskraft ein.

Unter kapitalistischen Bedingungen erweist sich so der technische Fortschritt als ein wirksames Mittel der Rationalisierung. Als ein Mittel, noch mehr und in noch größerem Umfang Profit zu machen. Die sozialen Folgen eines solchen Einsatzes moderner Technik und Technologien sind verheerend für die Arbeiter und Angestellten in allen Industriezweigen.

37 Prozent der Unternehmer der verarbeitenden Industrie nannten als Grund für die Reduzierung von Arbeitsplätzen in der Zeit von 1973 bis 1975 die Einführung technischer Neuerungen. Für die Jahre 1976 bis 1977 waren es bereits 42 Prozent der Unternehmen, die über diesen Weg Arbeitsplätze vernichteten.

Arbeitsplätze von Facharbeitern entfallen, besonders stark die von An- und Ungelernten. Der Kreis der „freigesetzten“ Arbeiter und Angestellten weitet sich aus. Allein zwei Millionen Textverarbeiter in Büros und Verwaltungen sehen infolge des Mikrocomputereinsatzes ihre Arbeitsplätze gefährdet. Wir sagen: Nicht die wissenschaftlichen Entdeckungen, nicht neue technologische Verfahren, nicht moderne neue Anlagen, nicht die Mikroprozessoren sind verantwortlich für die verheerenden Folgen, sondern ihre kapitalistische Anwendung.

Wir sagen: Der Kampf gegen die verheerenden sozialen Folgen ist ein Gebot der Vernunft. Die Kollegen aus dem graphischen Gewerbe und die Metallarbeiter setzten ein Zeichen für die Arbeiter und Angestellten anderer Industriezweige. Daran sollten wir denken und uns niemals auseinanderdividieren lassen.“

Sinneswandel bei der SPD?

Der Mörfelder Bevölkerung ist noch in guter Erinnerung, wie sich die SPD, CDU und FDP in Mörfelden jahrelang gegen ein Ärztehaus, das die DKP-Fraktion seit 1969 auch in Anträgen forderte, zur Wehr gesetzt haben. Von den vielen Anfeindungen gegen unsere Fraktion und unsere Vertreter im Parlament, möchten wir nur zwei zitieren. Der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD und heutige Bürgermeister Bernhard Brehl schrieb noch im Juli 1975: „Immer wieder wird der kommu-

Die DKP mußte es

Während der Stadtverordneten-Sitzung am 7. März wies DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler darauf hin, das es „Fusionsauswirkungen“ in der CDU gäbe, und daß der CDU-Mann Horst Schulmeyer wohl bald zurücktreten werde. Heftiges Demoté darauf von Schulmeyer. Fünf Wochen später — vorher durfte er noch einmal gegen die DKP im „Freitags-Anzeiger“ zu Felde ziehen — geht er aus dem Parlament. Offensichtlich war er dem Dauerstreit zwischen den arg verfeindeten CDU-Flügeln nicht gewachsen.

nistische Vorschlag der Errichtung eines Ärztehauses in Mörfelden gebracht. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei mit der Bereitstellung eines Gebäudes als Ärztehaus die ärztliche Versorgung bereits verbessert. Erfahrung und Tatsache ist es, daß ansiedlungswillige Ärzte sich nicht in einem Ärztehaus niederlassen, sondern möglichst ein eigenes Haus als Wohnung und Praxis erwerben wollen.“

Der Stadtverordnete Thomas und heutige Vorsitzende der Mörfelder SPD sagte 1974 in der Stadtverordnetensitzung, als es um einen DKP-Antrag zum Ärztehaus ging: „Die DKP tut so, als ob sie der Retter der Bevölkerung auf gesundheitspolitischem Gebiet sei.“ Mittlerweile hat Mörfelden ein Ärztehaus erhalten und wer den Patientenstrom täglich dort erlebt, dem wird klar, daß die Forderung der DKP richtig und eine solche Einrichtung in Mörfelden notwendig war.

Auch die SPD in Mörfelden und Walldorf hat aus dieser Erfahrung gelernt, denn sie hat jetzt einen Antrag der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt, der die Errichtung eines Ärzte-

zentrums im Stadtteil Walldorf vorsieht.

Wir begrüßen einen solchen Antrag und werden uns nicht so verhalten, wie es die SPD jahrelang tat, nämlich einen Antrag nur deshalb ablehnen, weil er von einer anderen Fraktion, in diesem Falle auch noch von den Kommunisten, eingebracht wurde. Die ärztliche Versorgung unserer Bevölkerung ist ein so wichtiges Thema, daß man es nie zu den Akten legen kann. Wir wissen, daß trotz Errichtung des Ärztehauses in Mörfelden noch zu wenig Ärzte für Allgemeinmedizin (praktische Ärzte) in unserem Stadtteil vorhanden sind. Auch ist uns bekannt, daß die Ansiedlung weiterer Fachärzte in der Gesamtstadt vonnöten wäre. Wir denken hierbei an einen Hals-Nasen-Ohren-Arzt, oder an einen Hautarzt, einen Urologen, einen Unfallarzt und einen Psychologen, wie auch in dem SPD-Antrag erwähnt. Notwendig sind außerdem mehr Zahnärzte und die werksärztliche Versorgung der Betriebe in Mörfelden und Walldorf.

In erster Linie sollte man sich jedoch kurzfristig bemühen, weitere prakti-

sche Ärzte für Mörfelden zu interessieren und sich daran erinnern, daß das Mörfelder Ärztehaus so konzipiert ist, daß ein Erweiterungsbau jederzeit erstellt werden kann.

Die DKP-Vertreter in den zuständigen Fachausschüssen werden auf jeden Fall diese Gedanken in die Diskussion einbringen.

Wenn heute die SPD in ihrem Antrag begründet, daß in den wenigen Monaten seit Bestehen des Ärztezentrums deutlich geworden ist, daß die Einrichtung in besonderem Maße den Interessen der Bevölkerung entgegenkommt, dann muß man schon, in Anbetracht der eingangs gebrachten Zitate, von einem Sinneswandel sprechen.

Wir hoffen, daß diese Erkenntnisse von Bestand sind und nicht nach der Landtagswahl, im Herbst dieses Jahres, in Vergessenheit geraten.

HH

Die Geschichte der Arbeiter- und Naturfreundebewegung

Ein Vortrag von Walter Walter Buckpesch, Offenbach
Sonntag, 30. April 1978, 20 Uhr
im Naturfreundehaus „Artur Wolf“
im Oberwald
Alle Interessenten sind herzlich
eingeladen.



Gerade in den letzten Wochen fühlten sich wieder zahlreiche Bürger von Walldorf und Mörfelden durch den zunehmenden Lärm der Flugzeuge gestört. Einige Bürger machten ihren Protest auf Plakaten deutlich. Am Flugplatz, an der Okrifteler Straße und an weiteren häufig überflogenen Plätzen brachten sie jetzt Schilder an und demonstrierten so gegen die Pläne den Flugplatz zu erweitern und forderten „Kein Baum darf mehr fallen — Flugplatzweiterung Nein.“

Einladung zur internationalen Kundgebung am 22. April in Köln

Vertreter von nationalen und internationalen Verbänden ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus aus allen Teilen Europas rufen zu einer großen Demonstration in Köln am 22. April 1978 auf.

In der Einladung heißt es:

„Die Nazi-Tyrannie brachte durch Krieg und Massenterror, die über 50 Millionen Menschenleben und unschätzbare Sachwerte kosteten, namenloses Leid über die europäischen Völker.

Heute treten die SS-Verbände immer häufiger und immer provozierender auf. Sie führen Veranstaltungen durch, auf denen die Nazidiktatur und ihre führenden Leute verherrlicht, während jene, die gegen Hitler und für die Interessen des deutschen Volkes gekämpft haben, verleumdet werden. Das werden wir nicht hinnehmen.“

Der Bus der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten aus dem Kreis Groß-Gerau fährt am 22. April um 10.00 Uhr am Rathausplatz Mörfelden ab. Interessenten können dort noch zusteigen.



Höchste Zeit wird es, daß der Fahrradweg längs der B 44 in Ordnung gebracht wird. Vor allem bei schlechtem Wetter beschweren sich die Radfahrer und Fußgänger, die ihn benutzen müssen.

Aktionstag gegen die Neutronenbombe

Der 20. Mai wird zu einem machtvollen Aktionstag gegen die Neutronenbombe und das Wettrüsten werden. Dazu haben die Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit aufgerufen.

In Hessen findet die Kundgebung und Demonstration in Wiesbaden statt.

Interessenten können sich bei der DKP-Mörfelden melden.

FILMABEND

„Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse.“

Der DKP-Mörfelden ist es gelungen, mit dem Thälmann-Film ein seltenes Film-Dokument zu erhalten. Der Film über Thälmann, nach dem jetzt in Mörfelden eine Straße benannt wird, umfaßt den Zeitraum von 1930 bis 1944. Er beginnt mit den Jahren des wütenden Terrors der Nazis, der Gewalt, der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und endet mit der Ermordung Ernst Thälmanns im Jahre 1944.

Mittwoch, 10. Mai 1978, 20 Uhr
UT-Lichtspiele Mörfelden
Karten für 1,- DM bei allen Mitgliedern der DKP und an der Abendkasse.

POST

Die VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – schrieb der DKP-Fraktion:

„Der Presse haben wir entnommen, daß in Walldorf noch in diesem Jahr ein Gedenkstein für die Opfer des Faschismus errichtet werden soll. Wir freuen uns, daß damit in Walldorf ein für jedermann sichtbares Zeichen dafür gesetzt wird, was Bundeskanzler Helmut Schmidt anlässlich seines Besuches im KZ-Auschwitz gesagt hat: „Die deutschen Kämpfer gegen Hitler, Frauen und Männer aus allen politischen Lagern gehören auch zur deutschen Vergangenheit, und sie sind ihr achtungswürdigster Teil.“

Gerade in der heutigen Zeit, in der sich alte und neue Nazis immer frecher und unverschämter zusammenschließen, muß die Erinnerung an die Opfer des Faschismus für jedermann eine selbstverständliche Pflicht werden.

Für Ihren mutigen Entschluß in dieser Frage danken wir Ihnen.“

Der Verkauf des „blickpunkt“-Kalenders 1978 hat sich gelohnt!
Jeder Kalender-Käufer hat mitgespendet!

Die behinderten Kinder danken

Mörfelden-Walldorf – rd- Einige Osterüberraschungen gab es auch dieses Jahr für die behinderten Kinder in Mörfelden-Walldorf. Außerdem hatte der Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher Walldorf-Mörfelden Anlaß, sich für Spenden zu bedanken.

Wie schon in den vergangenen Jahren, so auch dieses Jahr, wurde die Kreissparkasse Groß-Gerau um Unterstützung gebittet. Die Kreissparkasse Groß-Gerau hat die Unterstützung festgehalten: Auf dem Konto der Kreissparkasse Groß-Gerau wurde eine Sonderkintertagesstätte für behinderte Kinder zu Ostern mit einer Überraschungsgabe ausgestattet.

Wilhelm Gilbert, Leiter der Kreissparkasse Groß-Gerau, Walldorf, überbrachte dem Verein ein Paket mit Kindernützlichen Spiel- und Bastelmaterial, das für Gruppenarbeit und Therapie sehr gut geeignet ist.

Beitrag zukommen zu lassen, besonders erwähnenswerte Spenden:

● Die Klasse 7b der Gesamtschule Walldorf überbrachte eine Spende in Höhe von DM 100,-, die mit anderen Spenden zusammengetragen wurde.

● Die DKP-Ortsgruppe Mörfelden überbrachte eine Spende in Höhe von DM 321,-, die durch den Verkauf des „blickpunkt“-Kalenders 1978 zusammengetragen wurden. FA 31.3.78

● Bereits die fünfte Riesenspende wurde von der Kreissparkasse Groß-Gerau, Walldorf, überbrachte dem Verein ein Paket mit Kindernützlichen Spiel- und Bastelmaterial, das für Gruppenarbeit und Therapie sehr gut geeignet ist.

● Bereits die fünfte Riesenspende wurde von der Kreissparkasse Groß-Gerau, Walldorf, überbrachte dem Verein ein Paket mit Kindernützlichen Spiel- und Bastelmaterial, das für Gruppenarbeit und Therapie sehr gut geeignet ist.

Durchsichtige Manöver

Die CDU/CSU bettelte um die Neutronenbombe

Als ein Versuch, die öffentliche Meinung für seine Nuklearpolitik zu beeinflussen und die Protestbewegung zu dämpfen, wird in weiten Teilen der Weltöffentlichkeit die Entscheidung des USA-Präsidenten Carter betrachtet, den Beschluß über den Bau der Neutronenbombe aufzuschieben, die Produktion der Trägersysteme jedoch fortzusetzen.

Der amerikanische Präsident hatte bekanntgegeben, daß die Produktion des neuen Massenvernichtungsmittels aufgeschoben und die weitere Entscheidung von einseitigen Zu-

geständnissen der Sowjetunion in ihrem konventionellen und atomaren Verteidigungsprogramm abhängig gemacht werde.

Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu Carters Entscheidung erneut erkennen lassen, daß ihre Zustimmung zu der Stationierung des Massenvernichtungsmittels trotz der wachsenden Proteste aus der Bevölkerung feststeht.

Der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß, der zusammen mit anderen CDU/CSU-Politikern schon seit geraumer Zeit für die sofortige Produktion der Neutronenbombe und ihre Stationierung auf dem Boden der Bundesrepublik eingetreten war, hat die Entscheidung Carters offen kritisiert. Die Rücksichtnahme zahlreicher westeuropäischer Regierungen auf die Proteste in ihren Ländern nannte

Strauß „jämmerlich und blamabel“.

In der Rolle des Bettlers präsentiert sich der CDU-Vorsitzende Kohl, als er den US-Präsidenten Carter dringend aufforderte, die Neutronenbombe schleunigst bauen zu lassen. In Wahlkämpfen stellen sich diese Herren auch bei uns als christliche Politiker vor. Im politischen Alltag entpuppen sie sich als Lobbyisten für eine barbarische Massenvernichtungswaffe.

Wer künftig auch in Mörfelden-Walldorf für die Kohl-Partei stimmt, der gibt seine Stimme für die Neutronenbombe. Der stimmt für noch mehr Massenvernichtungswaffen auf unserem Boden und in letzter Konsequenz für eine abenteuerliche Politik, die das Leben und die Gesundheit unserer und künftiger Generationen aufs Spiel setzt.

Das Gieren der CDU/CSU nach der Neutronenbombe und das Ja der BRD-Regierung zu ihrer Produktion dienen nur den Rüstungskonzernen, die hier neue Superprofite machen wollen.

Ein Grund mehr, sie nicht allein entscheiden zu lassen. Ein Grund mehr für neue Abrüstungsaktionen.



Teilerfolg

Die Tarifverhandlungen für die hessische Metallindustrie sind beendet. Das Ergebnis lehnt sich im Wesentlichen an das in Baden-Württemberg an. Das bedeutet 5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung und ein Abkommen zur Milderung der negativen Auswirkungen von Abgruppierungen. Im Gegensatz zu Baden-Württemberg konnte ein Abkommen über die Abgruppierung nicht sofort gültig werden, weil hier der Manteltarif erst später gekündigt wird. In Hessen gilt es erst ab 1. September und erreicht nicht in allen Punkten das in Stuttgart erreichte. Wie so oft waren die Metaller Baden-Württembergs die Vorreiter der Lohnbewegung. Ohne ihren dreiwöchigen Kampf wäre weniger herausgekommen. Die große Geschlossenheit und die Bereitschaft, sich für die gewerkschaftliche Zielsetzung im eigenen Interesse einzusetzen, gaben den Ausschlag. Damit wurden auch die unmenschlichen Ausspernungsmaßnahmen der Metall-Großunternehmer zurückgewiesen. Dieser Kampf war das Bedeutendste an der diesjährigen Metalltarifrunde. Den Unternehmern wurde gezeigt, daß Arbeiter und Angestellte es nicht so einfach hinnehmen, wenn Krisenlasten und negative Seiten der Rationalisierung auf sie abgewälzt werden sollen, während die Gegenseite nur

die Vorteile in Form höherer Profite einheimst. Positiv ist auch zu werten, daß mit dem Abkommen zur Milderung der unsozialen Auswirkungen bei Abgruppierungen die Verteidigung des schon Erreichten fortgesetzt wurde. Wenn auch nicht die gleichen Ergebnisse wie in der Druckindustrie erzielt wurden, diese Frage bleibt in der Bundesrepublik auf der Tagesordnung und wird sich nicht mehr absetzen lassen. Wichtig ist außerdem, daß mit dem Vereiteln der durch die Aussperrung angestrebten Ziele auch der Kampf um die zukünftige Verhinderung von Aussperrung einen neuen Erfolg gebracht hat, wie schon vorher in der Druckindustrie. Der Widerspruch vom Unternehmerrunde, von der Gemeinsamkeit mit den „lieben Mitarbeitern“ und „unserem Betrieb“ zur Ausspernungspraxis war zu groß. Die Verlogenheit dieser Parolen wurde sehr deutlich. In Hessen ist die Aussperrung verfassungsmäßig verboten. Dieses Verbot gilt es überall zu erreichen und auch praktisch durchzusetzen. Dazu wird geschlossenes Auftreten aller Kollegen und ein ausdauernder Kampf notwendig sein. Die Verteidigung der Aussperrung durch den Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff — vom DGB-Vorsitzenden als „kalter

Hohn“ bezeichnet — zeigt, daß hier die Vertreter der Bundesregierung fest an der Seite der Unternehmer stehen. Ungenügend ist zweifellos das Ergebnis von 5 Prozent. Zwar hat auch hier der Streik eine „Null-Lohnrunde“ oder auch einen 3,5 Prozent-Abschluß verhindert, aber es bleibt weit unter den geforderten 8 Prozent. Dabei muß man berücksichtigen, daß in der Vordiskussion aus den Betrieben noch höhere Forderungen kamen und deren Berechtigung auch begründet wurde. So hat z.B. die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Darmstadt 120 DM plus 5 Prozent für notwendig erklärt.

Die 8 Prozent-Forderung war also schon von vornherein eine Kompromißlinie. Das war nicht nur in Hessen so. Das hat auch einen großen Teil der kämpfenden Metaller in Baden-Württemberg empört.

5 Prozent sind zu wenig angesichts des steigenden Umsatzes bei kleiner werdenden Beschäftigungszahlen und damit größerem Profit. 5 Prozent sind zu wenig bei weiterhin steigenden Preisen. 5 Prozent sind vor allem zu wenig, weil nur durch Verstärkung der Massenkauflkraft die Wirtschaft wieder stärker angekurbelt werden kann. Deshalb auch die vielen kritischen Stimmen aus den hessischen Betrieben, als an der Spitze der IGM die Tendenz deutlich wurde, den 5 Prozent-Abschluß in Stuttgart für Hessen als neue „Forderung“ zu übernehmen und stillschweigend auf die 8 Prozent zu verzichten.

Berufsverbote verletzen Menschenrechte

„Sechs Jahre Kampf gegen die Berufsverbote“ unter diesem Motto veranstaltete das DGB-Ortskartell Mörfelden zusammen mit dem DGB-Ortskartell Walldorf und dem GEW-Ortsverband Mitte im März eine Podiumsdiskussion. Als Referenten konnten die Lehrerinnen Cornelia Fischer-Walter (Kelsterbach), Gretel Bühler (Stockstadt) sowie der Lehrer Herbert Debus und Peter Gingold gewonnen werden. Nachdem Herbert Debus die verheerenden Auswirkungen des Radikalerlasses aufgezeigt hatte und sowohl Cornelia Fischer-Walter als auch Gretel Bühler ihren Fall dargestellt hatten, ging Peter Gingold etwas ausführlicher auf die Geschichte und Hintergründe der heutigen Berufsverbotspraxis ein. Er stellte dar, daß sich von den Bismarck'schen Sozialistengesetzen über die Berufsverbote der Weimarer Republik, den Hitlerterror bis hin zum heutigen Radikalerlaß ein unrühmlicher Faden durch die deutsche Geschichte zieht. ausdrücklich hat er hervor, daß der Staat ein Recht darauf habe, Verfassungsgegner nicht in den öffentlichen Dienst zu nehmen. Verfassungsgegner seien die Berufsverbotsopfer aber nicht. Die eigentlichen Gegner der Verfassung – die neofaschistischen Kreise – wären aber fest im öffentlichen Dienst verankert.

Was heute geschieht, ist „das Grundgesetz auf den Kopf gestellt“, denn solche Berufsverbote hätten die Väter des Grundgesetzes nicht gewollt. Die Versammlung stellte fest, daß in der Regel aktive Gewerkschafter vom Berufsverbot betroffen seien – Peter Gingold bekräftigte dies. Des weiteren wurde hervorgehoben, daß der Widerstand gegen den „Radikalerlaß“ zunehmend wächst. So konnte der Vorsitzende des „Komitees Darmstädter Bürger gegen die Berufsverbote“, berichten, daß im Stadtverordnetenrat ihrer holländischen Partnerstadt Alkmaar ein Beschluß gefaßt wurde, in dem die Berufsverbotspraxis als schwere Belastung des Verhältnisses zu Darmstadt angesehen wird.

Karl-Heinz Hechler vom Ortskartell Mörfelden stellte fest, daß Ziel und Zweck der Veranstaltung erreicht worden sei. Das DGB-Ortskartell strebe an, ein „Komitee gegen die Berufsverbote“ in Mörfelden ins Leben zu rufen, und werde nach dem 1. Mai hierzu einladen.

Abschließend wurde eine Resolution an die hessische Landesregierung verabschiedet, worin diese aufgefordert wird, endlich die Hessische Verfassung zu achten, gegen die Aussperrung vorzugehen und die Berufsverbote abzuschaffen. Der entstandene Schaden sollte wieder gutgemacht werden. KKH



Zu einer Veranstaltung gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote hatte das DGB-Ortskartell Mörfelden eingeladen. Im Podium von links: Peter Gingold, Gretel Bühler, Karlheinz Hechler, Cornelia Fischer-Walter, Herbert Debus.

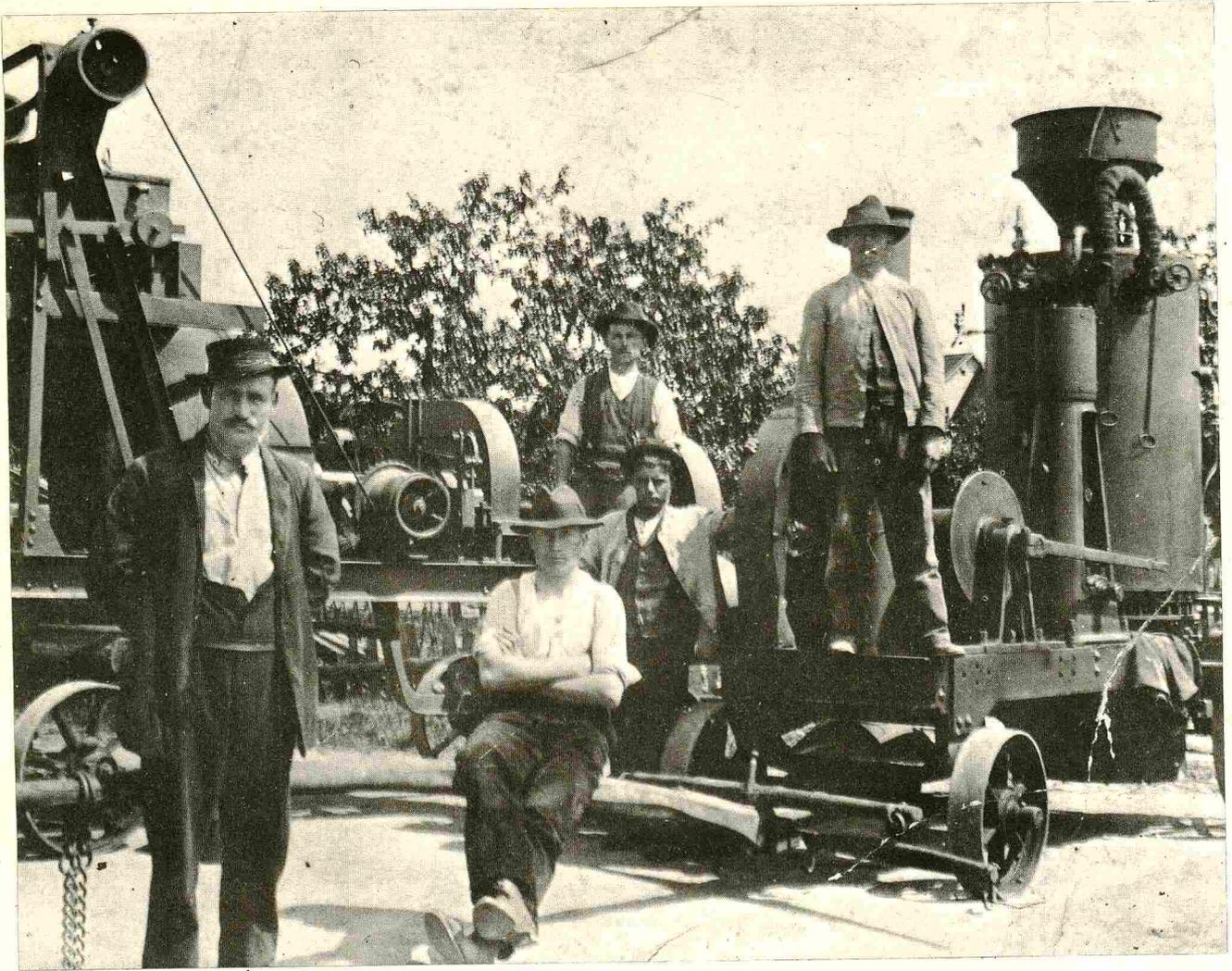
„Woueroodnouel“

Von „Abeemick“ bis „Zores“ geht die Sammlung von Mörfelder Dialektwörtern die der „blickpunkt“ in einem Buch („Mörfelder Gebabbel“) noch in diesem Sommer veröffentlichten wird.

Darunter finden wir auch die bekannten wie „Bibo“ (Bienenbein) und „Woueroodnouel“ (Wagenradnagel).

Das Buch, das sicher viel Spaß machen wird, soll vor allem dazu beitragen, daß der Heimatdialekt nicht in Vergessenheit gerät.

Beigefügt sind Geschichten und Bilder vom alten Mörfelden. Wer dafür ein Foto zur Verfügung stellen will, soll sich möglichst bald beim „blickpunkt“ melden (Tel.: 2 23 62). Gleichzeitig bitten wir die Mörfelder Geschäfte und Gewerbetreibenden, uns bei der Finanzierung dieses einmaligen Werkes durch Anzeigen zu helfen.



Mörfelden gestern

Abenteuerlich muten manche der alten Bilder an, die man uns zum Abdruck zur Verfügung stellt – auch dieses Foto. Ein Bild wie aus einem Wildwest-Film. Es könnte beim Eisenbahn-Bau quer durch Amerika aufgenommen worden sein. Es sei aber, so versicherte man uns, eine Kanaltruppe gewesen, der auch Arbeiter aus Mörfelden angehört haben sollen. Ein interessantes Bild: Maschinen, die es nicht mehr gibt, aber auch die Arbeiter, die sich hier dem Fotografen stellten, sind längst nicht mehr unter uns.

Wir würden uns freuen, wenn uns unsere Leser weitere Fotos zum Abdruck zur Verfügung stellen würden. Wir geben sie innerhalb weniger Tage unbeschädigt zurück.

Mai-Feier '78

Mai-Veranstaltung der DKP

Samstag, 29. April 1978, 20.00 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim



Es wirken mit:
Rüsselsheimer Songgruppe
griechische, türkische und chilenische Gesangs-
und Tanzgruppen